



Gewalt im Polizeialltag – Problem oder normale Begleiterscheinung?

„Ihr wusstet doch, worauf ihr euch einlasst! Ihr habt euch doch diesen gefährlichen Beruf selbst ausgesucht! Niemand muss Bulle sein!“ Sätze, die jeder Kollegin, jedem Kollegen durch Mark und Bein gehen und die inzwischen immer wieder als Rechtfertigung für Gewalthandlungen gegenüber Polizistinnen und Polizisten von Beschuldigten und deren Unterstützenden gesagt, geschrieben und verbreitet werden.

Es ist richtig, dass alle, die den Polizeiberuf gewählt haben, wussten, dass dabei eine bestimmte Gefahr mitschwingt. Aber niemand ist in dem Selbstverständnis Polizistin beziehungsweise Polizist geworden, tagtäglich lebendige Zielscheibe, Ventil und Fußabtreter für den angestauten Frust in der Gesellschaft zu sein!

Wenn es irgendwo knallt, wenn Gefahr für Hab und Gut, Leib oder Leben besteht, dann schreitet die Polizei ein. Sie hat den Auftrag, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu wahren. So weit, so gut. Von vielen Menschen wird diese Schutz- und Ordnungsfunktion akzeptiert und dankbar aufgenommen, denn die Einhaltung bestimmter Regeln ist nun einmal die Grundlage dafür, dass Staat und Gesellschaft funktionieren.

Leider gibt es aber eine zunehmende Tendenz in der Bevölkerung, eben diese Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht als positiv, sondern als Provokation zu betrachten. Es gibt immer mehr Menschen, die nicht akzeptieren wollen, wenn sie für ihr Fehlverhalten ermahnt, zur Kasse gebeten oder sogar strafrechtlich verfolgt werden. Die Schuld an ihrer misslichen Situation suchen sie dabei zu meist nicht bei sich selbst, sondern in staatlichen Anordnungen und

Gesetzen. Unser Rechtsstaat wird zunehmend als repressiv empfunden, als Organ, das die Entfaltung der persönlichen Freiheit behindert. Die Polizei als Vertreterin dieser staatlichen Gewalt wird dabei immer mehr zum Feindbild. Und da der Staat als solcher nicht greifbar ist, richtet sich die Aggression gegen seine Repräsentanten – gegen Polizistinnen und Polizisten!

Gewalt gehört mittlerweile zum ständigen Begleiter im Berufsalltag der Polizei. Insgesamt nimmt die Zahl der Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten in den vergangenen Jahren kontinuierlich zu. Dabei reichen die Angriffe von Beleidigungen über einfache und schwere Körperverletzungen bis hin zu versuchten Tötungsdelikten – unter Umständen nur wegen einer Verkehrskontrolle. Öffentlich bekannt werden dabei oft nur die „besonderen“ Fälle, die kuriosen, die außergewöhnlichen. Oder wenn sie im Zusammenhang mit klassischen Brennpunktsituationen wie Demonstrationen und Fußballspielen stehen.

Die Aggressionen, die uns entgegenschlagen, werden dabei immer härter. Mit der Einschüchterungsaktion von Linksradikalen im Wendland an Pfingsten wurde eine neue Dimension der psychischen Gewalt erreicht. Und nicht nur mit Blick auf den G20-Gipfel im vergangenen Jahr wissen wir, wie es sich anfühlt, lebendige Zielscheibe zunehmender physischer Gewalt zu sein: Zwillenbeschuss mit Stahlkugeln, Bewurf mit Molotowcocktails und Pflastersteinen sind nur einige Beispiele für die steigende Verrohung. Zum „ganz normalen Wahnsinn“ des „ganz normalen“ Alltags gehört es, dass Polizistinnen und Polizisten mit Messern bedroht, mit Bierflaschen beworfen, getreten, geschlagen oder bespuckt werden. Ein Polizist wird an der Schulter verletzt,



Kevin Komolka, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen.

Foto: Philipp Mantke

weil sich ein Zechpreller gegen die Festnahme wehrt. Ein Polizist hat eine Rippenverletzung, weil er einen alkoholisierten Mann fixieren muss, der versucht, ihn zu schlagen. Eine Polizistin erleidet eine Gehirnerschütterung, weil sich ein aggressiver Mann in ihren Haaren festkrallt. Diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Wie oft hören wir: „Ihr habt Schutzkleidung, Wasserwerfer und Räumpanzer, also stellt euch nicht so an!“? Man muss sich an dieser Stelle fragen: Warum haben wir das eigentlich? Befinden wir uns in einer Gewaltspirale? In einem „Wettrennen“? Von älteren Kollegen hört man oft „Früher sind wir nur mit Lederjacke und Schlagstock zur Demonstration gefahren. Körperschutzausstattung gab es nicht. Brauchten wir auch nicht.“ Ist es tatsächlich so, dass es früher weniger Gewalt gab,

Fortsetzung auf Seite 2



Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die übernächste Ausgabe **9/2018 bis zum 30. Juli 2018.**

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

Du findest uns auf 
facebook.com/gdp.niedersachsen

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Berkhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50

Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Philipp Mantke
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berkhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 396-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6454

Fortsetzung von Seite 1

oder war sie anders? Richtete sich die Gewalt früher eher gegen Sachen? Wurden also „nur“ Barrikaden errichtet und angezündet? Gab es weniger gezielte Gewalt gegen Menschen? Ist es heute tatsächlich so, dass sich die Gewalt vermehrt gegen den Menschen unter der Uniform richtet? Ist es das Ziel, bewusst Repräsentanten des Staates zu verletzen oder gar deren Tod in Kauf zu nehmen?

Diese Fragen sind wichtig, um der steigenden Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten zu begegnen. Ist es Protest oder Angriff? Wer ist eigentlich das Ziel? Wird die Polizei, wird der Mensch in der Uniform lediglich als „Sache“ betrachtet, als Stellvertreter für den Staat? Was dabei sehr oft vergessen wird: Hinter der Frau oder dem Mann in Uniform steckt immer auch eine Mutter, ein Vater, eine Schwester, ein Bruder, ein Sohn oder eine Tochter. Und auch Polizisten haben neben ihrem Beruf noch ein Privatleben, Familien und Freunde.

Die Respektlosigkeit hat inzwischen in einem Maße zugenommen, das nicht mehr hinnehmbar ist. Jeden Tag werden in Niedersachsen

neun Kolleginnen und Kollegen angegriffen. Im Jahr 2017 gab es laut PKS insgesamt 3.179 Fälle von Gewalt gegen die Polizei, 122 mehr als im Jahr davor (3.057 Fälle).

Diese Entwicklung ist völlig inakzeptabel. Polizistinnen und Polizisten haben das Recht, dass Gewalt ihnen gegenüber nicht toleriert wird. Gewalt darf nicht zur Normalität werden. Denjenigen, die unseren Kolleginnen und Kollegen Gewalt antun, muss diese Grenze aufgezeigt werden. Hier sind die politisch Verantwortlichen und die Justiz gefragt, der Polizei noch mehr den Rücken zu stärken.

Seit gut einem Jahr, seit dem 30. Mai 2017, steht auch der Angriff gegen Vollstreckungsbeamte unter Strafe. Es gibt also endlich ein Instrument, um mit entsprechenden Urteilen abzuschrecken. Die GdP hat es hart erkämpft. Der Paragraph 114 muss jetzt nur noch konsequent angewendet werden. Auch die Medien dürfen die Gewalt gegen die Polizei nicht als normal ansehen und „nur zwei“ verletzte Polizisten als friedlichen Verlauf darstellen! Jeder verletzte Kollege, jede verletzte Kollegin ist eine/-r zu viel!

Kevin Komolka,
stellvertretender Landesvorsitzender

Polizist sein bedeutet AUCH MENSCH sein!

Mit der Kampagne „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ macht die JUNGE GRUPPE (GdP) deutlich, dass die Grenzen des Erträglichen überschritten sind. Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten darf nicht toleriert werden. Wenn Polizistinnen und Polizisten als „anonymisierte Feindbilder“ erhalten müssen, hat das fatale Konsequenzen für sie selbst, ihre Familien und Freunde und letztlich auch für die gesamte Gesellschaft. Wie wird es um unsere Sicherheit bestellt sein, wenn niemand mehr den Beruf der Polizistin oder des Polizisten ergreifen und ausüben will? Weitere Informationen unter www.auchmensch.de.

Anpassung der GdP-Beiträge zum 1. Juli 2018

Infolge der Umsetzung des Tarifbeschlusses der Länder 2017/2018 (2. Stufe), der Rentenerhöhung und des Haushaltsgesetzes Niedersachsen werden die Beiträge der GdP Niedersachsen zum 3. Quartal 2018 wie folgt angepasst:

Für Beamte und Versorgungsemp-

fänger um 2%, für Tarifbeschäftigte um 2,35% und für Rentner um 3,22%. Der Mindestbeitrag für Sonderbeitragsgruppen wird zum 3. Quartal 2018 um 2% angepasst.

Die Anpassung des Beitrages für Anwärter/Azubis soll im Hinblick auf die Neueinstellung in diesem Jahr nicht erfolgen. Aktueller Mitgliedsbeitrag: **4 €/Monat.**

Red.



INTERVIEW MIT FRANK BORNEMANN

Nur unbegründete „Ausreißer“ nach unten sind zu milde Strafen



Frank Bornemann, Vorsitzender des Niedersächsischen Richterbands.

Foto: Angela Hübsch

Die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nimmt weiter zu. Seit gut einem Jahr ist der zuvor lange von der GdP geforderte § 114 StGB in Kraft, der tätliche Angriffe auf Einsatzkräfte unter Strafe stellt. Das LandesJournal wollte vom Vorsitzenden des Niedersächsischen Richterbands, Frank Bornemann, wissen, wie der Eindruck zustande kommt, dass Gewalttäter und insbesondere die, die Polizisten attackieren, zu gering beziehungsweise gar nicht bestraft werden.

Frank Bornemann: Wir Richter und Staatsanwälte hören immer wieder, dass Polizisten mit dem Umgang der Justiz insbesondere mit Gewaltstraftätern, die Gewalttaten gegen Polizisten verübt haben, unzufrieden sind. Die Justiz sei zu nachsichtig, teilweise würden Taten gar nicht geahndet. Dieser Eindruck kommt auch in einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen zum Ausdruck. Hiernach erachten mehr als 61 Prozent der Beamten die Strafen als zu milde. Das ist ein sehr ernst zu nehmender Befund. Daher sollten wir uns fragen, ab wann eine Strafe angemessen und wann sie – unverhältnismäßig – milde ist. Die Sichtweise des von der Straftat Betroffenen ist naturgemäß subjektiv: Die Strafe ist zu milde, wenn das Gericht nicht das ausurteilt, von dem der Betroffene glaubt, dass der Täter es als Strafe „verdient“.

Immer wieder wird auch gesagt, der Täter habe ja „nur“ eine Geldstrafe

bekommen. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass eine Geldstrafe eher der Regelfall ist. Etwa 80 Prozent aller verhängten Strafen sind Geldstrafen. Und eine Geldstrafe von 120 Tagessätzen entspricht beispielsweise dem Gegenwert von vier Monatsgehältern! Aber auch die Verhängung einer Freiheitsstrafe mit Bewährung wird oftmals als zu milde empfunden. Objektiv zu milde ist eine Strafe aber (nur) dann, wenn sie sich nach unten von den üblicherweise in solchen Fällen verhängten Strafen löst, also ein sachlich nicht begründeter „Ausreißer“ ist. Das kann man jedoch nur im jeweiligen Einzelfall beurteilen.

Das Amtsgericht Hamburg hat inzwischen die ersten Urteile gegen Teilnehmer der gewalttätigen Auseinandersetzung am Rande des G20-Gipfels gesprochen. Hier wurden, unter anderem auch wegen Angriffen auf Polizeibeamte, Freiheitsstrafen oberhalb von zwei Jahren, in einem Fall sogar von drei Jahren und drei Monaten, verhängt, die postwendend in Teilen der Presse als unverhältnismäßig hart und überzogen kritisiert wurden. So schwer es auch fallen mag: Es lohnt sich, einen Blick auf die einzelnen Fälle zu werfen und genau zu schauen, wie sie bestraft worden sind.

DP: Können mit dem neuen § 114 StGB Angriffe auf Einsatzkräfte zielgerichteter bestraft werden als vorher? Wie gelingt die Abgrenzung zum § 113 StGB „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“?

Bornemann: Der neue § 114 StGB erfasst tätliche Angriffe, die nicht während einer bestimmten Vollstreckungshandlung, sondern während einer allgemeinen Diensthandlung erfolgen. Unter einem tätlichen Angriff wird man eine versuchte oder vollendete Körperverletzung (§ 223 StGB) verstehen müssen, die natürlich auch bisher schon strafbar war. Künftig wird aber § 223 StGB hinter § 114 StGB als lex specialis zurücktreten. Obwohl also die meisten Vorfälle dieser Art auch schon bisher nach § 223 StGB strafbar waren, ist davon auszugehen, dass es künftig im Bereich dieser Delikte zu mehr Anklagen und damit auch zu mehr Urteilen kommen wird. § 114 StGB und der nachfolgende

§ 115 sind noch nicht lange in Kraft, sodass aufgrund der Verfahrenslaufzeiten (Anklage beim Amtsgericht, Berufung zum Landgericht, Revision zum Oberlandesgericht) noch keine obergerichtliche Rechtsprechung zur Abgrenzung von § 113 StGB zu § 114 StGB vorliegt. Klar ist, dass der tätliche Angriff des § 114 StGB mehr voraussetzt, als die Widerstandshandlung des § 113 StGB.

DP: Was muss passieren, damit die Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte wieder weniger werden?

Bornemann: Mir ist völlig unbegreiflich, dass zivilisierte Mitteleuropäer – und für die halten wir uns ja gemeinhin – Polizisten oder Rettungskräfte angreifen. Ob dies nun mit allgemeiner Staatsfeindlichkeit oder fehlender Normenakzeptanz zu erklären ist, ist mir einerlei. Jedenfalls muss hier sehr, sehr entschlossen gegengesteuert werden. Entgegen einer verbreiteten Auffassung kann dies jedoch nicht allein mit den Mitteln des Strafrechts geschehen. Das Strafrecht setzt ein, nachdem etwas geschehen ist. Und auch, wenn Urteilen natürlich eine gewisse generalpräventive Wirkung zukommt, darf man diese keinesfalls überschätzen. Notwendig ist es primär, dass wir in der Gesellschaft sehr viel stärker ein Bewusstsein dafür schaffen, dass so etwas absolut überhaupt nicht geht. Offenbar haben wir die Vermittlung von Werten und Normen etwas vernachlässigt. Wir müssen unmissverständlich klarmachen, dass keinerlei Angriffe auf Polizisten oder Rettungskräfte geduldet werden und konsequent verfolgt werden. Die Vermittlung dieser Werte muss allerdings im Elternhaus beginnen und in der Schule fortgesetzt werden. Das hier versäumt ist nur äußerst schwer durch Polizei und Justiz nachzuholen.

Wir müssen wieder dahin kommen, dass der ganz normale, selbstverständliche Respekt, den wir einander und damit auch Polizei und Rettungskräften entgegenbringen, selbstverständlich wird. Für bestimmte Kreise in der Bevölkerung – und die gibt es –, die Angriffe auf Polizisten klammheimlich gutheißen, habe ich überhaupt kein Verständnis.

Interview: AH/DS



Bewältigung von extremen Einsatzsituationen



Frank Waterstraat, Leiter des Kirchlichen Dienstes in Polizei und Zoll, auf dem GdP-Landesdelegiertentag 2017. Foto: Philipp Mantke

Gewalt bei Einsätzen, Bedrohung durch extremistische Terroristen, schwere Unglücke: Wer sich entscheidet, Polizistin oder Polizist zu werden, weiß, dass es mitunter gefährlich werden kann – und dabei auch die eigene Gesundheit oder sogar das eigene Leben auf dem Spiel steht. Doch wie geht man am besten damit um?

Beim 31. Landesdelegiertentag in Osnabrück im November 2017 hat Frank Waterstraat vom Kirchlichen Dienst in Polizei und Zoll der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen seine Erkenntnisse und gedanklichen Anregungen dazu in einem Gastvortrag zusammengefasst, der bei den Zuhörerinnen und Zuhörern gut angekommen ist. Für das Landesjournal hat Pastor Waterstraat deshalb das entsprechende Kapitel aus seinem Buch „Jederzeit und überall – Aspekte seelsorglicher Begleitung einer Spezialeinheit der Polizei am Beispiel des SEK Niedersachsen“ sowie Informationen aus einem weiteren Vortrag zusammengefügt.

Im seinem folgenden Text geht es darum, wie extreme Einsatzsituationen bewältigt werden können und psychischen Belastungen begegnet werden kann:

Die Basis von allem ist eine sehr gute eigene Ausbildung, verbunden mit der kontinuierlich und konsequent gelebten Bereitschaft zur persönlichen Fortbildung. Nur zur Sicherheit: Hier geht es um real lebensbedrohliche Szenarien und deren Bewältigung. Ein besonderes Maß an Selbstkritikfähigkeit scheint in extremer Situation unumgänglich, verbunden mit der Bereitschaft, sich in möglichst realistischen Übungsszenarien selbst an die eigenen Grenzen zu führen und/oder führen zu lassen und erkannte Schwächen zu beheben.

Anregungen zur Selbst- und Fremdreflexion

Die Bereitschaft, möglichst viele Anforderungen, Herausforderungen, Überforderungen, Fehlbeanspruchungen aus eigener Anschauung kennenzulernen, hilft, sich die möglichen Szenarien zu vergegen-

wärtigen. Wer nie selbst ein ethisches Dilemma bewältigen musste oder sich darauf ggf. intellektuell und emotional eingelassen hat, wird es schwer haben, diejenigen zu verstehen, die es aktuell und unter möglicherweise hohem Zeitdruck zu lösen haben – oder selbst in solch einer Situation zu handeln. Es ist sinnvoll und hilfreich zu reflektieren, wie weit man bereit wäre zu gehen. Wäre man bereit, einen Befehl auszuführen, der vermutet oder tatsächlich mit der Bedrohung der eigenen Gesundheit oder des eigenen Lebens verbunden ist?

Verbunden damit muss man klären: Habe ich Angst? Hat die Angst mich? Kann ich darüber reden? Gibt es Raum, darüber zu reden? Oder wird das Thema verdrängt und seine gewünschte Behandlung als Schwäche bloßgestellt? Zugespitzt: Habe ich mir Gedanken über eine mögliche schwere Verletzung oder den möglichen eigenen Tod im Einsatz gemacht? Habe ich das mit meinem engsten persönlichen, privaten und beruflichen Umfeld reflektiert?

Gedankliche Ressourcen

Ein Schutzfaktor neben der Selbstreflexion ist, sich mit Menschen seines Vertrauens, z. B. in der Familie, dem Freundeskreis, in der eigenen Dienstabteilung oder auch mit Seelsorgern und anderen Beratern, über die Frage menschlicher Vergänglichkeit auszutauschen. Es geht um das eigene Standing angesichts offener Lebens- und Daseinsrätsel. Zwei Leitfragen können helfen: Welche Aufgabe habe ich? Dabei ist der Blick unbedingt über das rein Berufliche hinaus zu richten. Neben einer befriedigenden, als sinnvoll erlebten Arbeit können nicht professionelle Tätigkeiten uns als Menschen ganzheitlich erfüllen: z. B. ehrenamtliches Engagement oder das Pflegen individueller Talente. Was macht mich unverwechselbar? Das heißt, ein Stein im Mosaik eines als sinnvoll erlebten Lebens kann sein, wenn ich meinen individuellen Wert für mich und andere erkenne.



GASTBEITRAG VON FRANK WATERSTRAAT**Emotionale Ressourcen**

Einen wichtigen Beitrag zu einer widerstandsfähigen, auch hohen Belastungen gewachsenen Persönlichkeit leisten stabile, tragfähige emotionale Bindungen im direkten Umfeld. Denn daraus können hilfreiche Gefühle wie Sicherheit, Geborgenheit und Selbstvertrauen entstehen. Deshalb ist es wichtig, persönliche Bindungen als ein hohes Gut zu erkennen. Freundschaften, Ehen, kameradschaftliche oder kollegiale Bindungen sind empfindlich. Bleiben sie unbeachtet und ungepflegt, verkümmern sie. Eine Wiederbelebung aus der Not heraus ist unendlich mühsam und sehr unsicher. Eine damit zusammenhängende, hervorhebenswerte emotionale Ressource ist ein stabiles, angemessenes Selbstwertgefühl.

Verhaltensbezogene und körperliche Ressourcen

Neben einem verlässlichen persönlichen Netzwerk aus Menschen, die jederzeit ansprechbar sind, also auch in einer Situation persönlicher Hilflosigkeit, ist ein gesundes Gespür für das Verhältnis von Rückzugsbedürfnis und Kommunikation ein weiterer schützender Faktor. Es ist wichtig, die eigenen Bedürfnisse zu erkennen und den Mut zu haben, entsprechend für sich selbst zu handeln. Es hat erheblich protektive Wirkungen, eine Gesprächskultur zu schaffen und zu pflegen, die ermöglicht, ohne Sanktionierungen über die eigene Befindlichkeit reden zu können und zu dürfen. Nicht zuletzt sind auch körperliche Ressourcen von Bedeutung: Wer fit ist, wird dieses als einen Mosaikstein in das Gesamtbild qualifizierter Bewältigung hoher Belastungen einsetzen können. Wer Sport treibt und dieses, z. B. als Vorgesetzter, ermöglicht, schützt präventiv und professionell sich, seine Einsatzbereitschaft und die der Kolleginnen und Kollegen.

Psychosoziale Unterstützungsstrukturen akzeptieren

Eine vertiefte präventive Kenntnis polizeieigener und externer psychosozialer Unterstützungsstrukturen zu erwerben und zu pflegen, stützt die eigene Handlungssicherheit in extremen Situationen. Dazu gehört auch die grundsätzliche Ak-

zeptanz solcher Angebote und, vor allem als meinungsbildende Führungskraft, diese Akzeptanz auch klar zu kommunizieren. Verbunden damit ist es hilfreich bereit zu sein, sich von qualifiziertem Personal (Seelsorge, Sozialwissenschaftlicher Dienst, Regionale Beratungsstellen, Medizinischer Dienst der Polizei, externe Fachleute) beraten zu lassen. Führungskräfte sollen konsequent überwachen, dass die Kolleginnen und Kollegen das Schießen trainieren, ihre Körperschutzausstattung immer mitführen und das Anlegen und Agieren damit beherrschen. Vielleicht das Schwerste dabei ist: Tod und Verletzung in den eigenen Reihen nicht für ausgeschlossen halten. Sich mental und organisatorisch, so weit möglich, vorbereiten.

Verhalten im Ereignisfall

Stehe still und sammle dich! Kontrolliert und bewusst atmen. Sich auf das Ereignis fokussieren. Alles andere wegblenden. Versuchen, Ruhe auszustrahlen. Die eigene Stimme und die eigenen Gesten kontrollieren. Sich auf die eigenen Fachkompetenzen besinnen und dieses anderen Führungskräften vermitteln: „Wir können es, weil wir es trainiert haben. erinnert euch.“ (Das funktioniert natürlich nur, wenn es tatsächlich trainiert worden ist). Sich auf ggf. bestehende religiöse Fundamente besinnen. Wer beten kann, bete. Besondere Aufbauorganisationen einhalten, wenn irgend möglich. Keinesfalls das Chaos maximieren durch zu frühes freies Agieren, wenn demgegenüber das Arbeiten in geplanten und trainierten Strukturen noch möglich

wäre. So früh wie möglich in bekannte Strukturen zurückkehren. Sich deutlich machen, dass man nicht alleine ist. Das Team ist da. Keiner kann alles, keiner kann nichts, gemeinsam können wir es. Sich beraten lassen und dann: Überlegt Entscheidungen treffen. Die Lage nicht laufen lassen. Tatsächlich versuchen, „vor die Lage“ zu kommen. Merke: Eine falsche Entscheidung ist besser als gar keine Entscheidung, weil die falsche Entscheidung durch eine richtige korrigiert werden kann. Noch einmal, bewusst gesagt: Mit Toten und Verletzten in den eigenen Reihen rechnen. Reservieren bilden und klare Ablösestrukturen schaffen und durchsetzen. Auch für sich selbst.

Frank Waterstraat/Red.

Über den Autor:

Pastor Frank Waterstraat hat selbst Erfahrungen im Einsatz als Freiwilliger Feuerwehrmann sowie als Feuerwehr- und Notfallseelsorger gemacht und war z. B. nach dem Zugunglück von Eschede 1998 und nach dem Tsunami 2004 für Angehörige aus Niedersachsen in leitender Funktion im Seelsorgeeinsatz tätig. Außerdem hat er Einsatzkräfte bei den großen Politgipfeln in Rostock und Hamburg betreut. Das Schlüsselerlebnis aber war für ihn die Begleitung des Polizeieinsatzes beim abgesagten Fußball-Länderspiel Deutschland: Niederlande am 17. November 2015 in Hannover, kurz nach den Anschlägen von Paris und Brüssel.

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



Der lange Atem der GdP



Immer wieder verleiht die GdP mit verschiedensten Aktionen ihren Forderungen Nachdruck – wie hier bei der Tannenbaumaktion 2017 vor dem Niedersächsischen Landtag.

Foto: Archiv GdP

Heilfürsorge, DuZ-Zulage, Stellenhebungen, Einstellungen - das sind nur einige Beispiele für Themen, bei denen die GdP Niedersachsen in den vergangenen Jahren gute Erfolge erzielen konnte. Diese waren letztlich Ergebnisse eines langen Atems, den die GdP, mit dem Landesvorsitzenden Dietmar Schilff an der Spitze, behalten hat. Grund zum Zurücklehnen sieht er keinesfalls.

Oft hat es in der Vergangenheit so ausgesehen, als könnten nur wenige Fortschritte erzielt werden, wodurch manches Mitglied zwischendurch auch ungeduldig wurde. Seit einigen Monaten steht neben finanziellen Verbesserungen durch Stellenhebungen und der Forderung nach weiteren zusätzlichen Neueinstellungen die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes mit im Fokus der gewerkschaftlichen Arbeit. „Auf der Homepage, auf Facebook und im LandesJournal berichten wir immer ausführlich darüber, mit wem wir gesprochen haben, wo wir unsere Forderungen anbringen und was Stand der Dinge ist“, betont Dietmar Schilff. So wird auch das Weihnachtsgeld seit dessen Abschaffung im Jahr 2005 immer wieder angesprochen und der Protest in unterschiedlichen Aktionen vorgebracht. Seitdem am 14. April die SPD dazu einen Landesparteitagsbeschluss gefasst hat, hat das Thema an Fahrt auf-

genommen. Wichtige Stationen der vergangenen Wochen und Monate zum Weihnachtsgeld hat das LandesJournal in einer Chronologie zusammengestellt (siehe Kasten).

Das ist aber nicht alles. Vieles passiert sozusagen „hinter den Kulissen“, am Rande von Treffen, am Rande von Veranstaltungen. Stets weist die GdP die Politik dabei auf die notwendigen Investitionen hin und pocht darauf, dass Zusagen eingehalten werden – wie zum Beispiel die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag. „Jetzt, vor den Haushaltsverhandlungen ist es wichtig, dass wir die darin vereinbarten Stellenhebungen und die zusätzlichen Kräfte durchsetzen“, so der GdP-Landesvorsitzende.

„Auch beim Thema Weihnachtsgeld sehe ich konkrete Bewegung. Es gibt den klaren Arbeitsauftrag des SPD-Landesverbands an den Ministerpräsidenten und die Fraktion, sich für die Wiedereinführung einer Sonderzahlung zu einzusetzen“. Deshalb hat die GdP Anfang Mai ein landesweite Brief- und E-Mail-Aktion gestartet: Die Bezirks- und Kreisgruppen bitten gleichzeitig ihre örtlichen Landtagsabgeordneten um Unterstützung. Der Landesbezirk seinerseits schreibt Briefe an Regierung, Parteien und Fraktionen. Die Bezirks- und Kreisgruppen treffen sich zudem mit den Landtagsabgeordneten zu Gesprächen. Inzwischen sind Briefe bei der GdP Niedersachsen eingegangen, in denen Politiker ihre Unterstützung beim Weihnachtsgeld zusagen.

Chronologie

1. Dezember 2017: GdP, GEW und ver.di machen darauf aufmerksam, dass die Streichung des Weihnachtsgeldes ungerecht ist und bleibt.

11. Dezember 2017: Unter dem Motto „Wunschliste 2017“ erneuern GdP und GEW vor dem Landtag ihre Forderung nach Zahlung eines Weihnachtsgeldes für alle Beamtinnen/Beamten in Nds.

14. April 2018: Die GdP Nds. macht einen Beschluss des SPD-Landesverbands öffentlich, wonach der MP und die LT-Fraktion aufgefordert werden, das Weihnachtsgeld wieder einzuführen.

17. April 2018: Das eilige Zurückrudern von MP Stephan Weil stößt auf Unverständnis beim GdP-LVors. Dietmar Schilff: „Es gibt einen klaren Arbeitsauftrag“.

19. April 2018: Der DGB Nds. und seine Mitgliedsgewerkschaften reagieren in einem Brief auf die Äußerungen des MP: „Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Landes- und Kommunalbeamten.“

23. April 2018: Bei der Sitzung des Landesbeirats der GdP Nds. betont der GdP-LVors., dass es nicht darum gehe, sofort wieder 100 Prozent Weihnachtsgeld zu bekommen, sondern erst einmal einen Wiedereinstieg zu schaffen.

25. April 2018: MI Pistorius sagt auf einer Veranstaltung im Beisein des GdP-LVors. zu, dass er sich für die Wiedereinführung einer Sonderzahlung in Schritten einsetzen wird.

1. Mai 2018: Die Forderung nach Weihnachts- und Urlaubsgeld für alle Polizeibeschäftigten werden von der GdP auch bei den 1.-Mai-Veranstaltungen in Stade, Hameln und Bremen thematisiert.

2. Mai 2018: Der DGB Nds. fordert anlässlich der Vorstellung des Haushalts-Jahresabschluss 2017 den Milliarden-Überschuss zu nutzen, um allen Landesbeamtinnen/-beamten wieder Weihnachtsgeld zu zahlen.

3. Mai 2018: Der GdP-LVors. fordert den Wiedereinstieg ins Weihnachtsgeld auf einer Klausurtagung der Innenpolitiker/-innen der SPD.“

8. Mai 2018: Start der landesweiten GdP-Brief- und Mailaktion. In der Presse wird berichtet.

Fortsetzung auf Seite 7



Die GdP hat gemeinsam mit dem DGB, Ver.di, und der GEW eingefordert, dass nunmehr eine zügige Entscheidung getroffen wird.

„Zu sehen, dass wir Erfolge erzielen können, motiviert uns“, sagt Dietmar Schilff. Der Kampf ums Weihnachtsgeld dauert jetzt schon 13 Jahre. „Das ist eine sehr lange Zeit, in

der wir diese finanzielle Ungerechtigkeit ertragen mussten. Mal sehen, wie lange noch“, ergänzt er – ohne jemals daran zu zweifeln, dass die GdP hier früher oder später erfolgreich sein wird, so wie u.a. bei der Heilfürsorge, bei der Duz-Zulage, den bisherigen Stellenhebungen und zusätzlichen Einstellungen. **Red.**

Für Euch im Einsatz, wenn Ihr im Einsatz seid!



Die Einsatzbetreuerinnen und -betreuer der GdP in Goslar.

Foto: GdP

Stundenlang in voller Montur das Demonstrationsrecht schützen ist anstrengend. Begleiterscheinerungen wie Hunger, Durst oder Erschöpfung sind inklusive. Um für etwas Lindering zu sorgen, organisiert die GdP Niedersachsen, insbesondere mit Unterstützung der JUNGEN GRUPPE (GdP), bei besonders großen Einsätzen eine Einsatzbetreuung.

Zuletzt war dies am 2. Juni 2018 in Goslar der Fall, wo Tausende gegen einen rechtsextremen Aufmarsch protestiert haben und rund 3.000 Einsatzkräfte dafür gesorgt haben, dass alle Veranstaltungen störungsfrei ablaufen konnten.

Freiwillige GdP-Helfer/-innen verteilen dann Getränke, Snacks und kleine Aufmerksamkeiten wie Kugelschreiber, Desinfektionsspray oder

Schlüsselanhänger an ihre Kolleginnen und Kollegen. Die Rückmeldungen dazu sind absolut positiv. Und fast ganz nebenbei kommt man ins Gespräch: Die GdP mit ihren Mitgliedern, die Polizistinnen und Polizisten mit ihrer Gewerkschaft – natürlich nur dann, wenn die Einsatzlage es gerade zulässt.

„In Goslar haben wir uns zum Beispiel über nötige Verbesserungen, die Ausstattung und die Versorgung unterhalten. Und auch darüber was mit den Hunden der Hundestaffel passiert, wenn die in den Ruhestand gehen“, berichtet Landesvorsitzender Dietmar Schilff, der – wie andere Vorstandsmitglieder auch – bei den Einsatzbetreuungen oft selbst auch vor Ort ist. „Für Anregungen sind wir immer dankbar, auch wie wir die Kolleginnen und Kollegen im Einsatz noch besser unterstützen können“.

AH

8. Mai 2018 Innenminister Pistorius erneuert auf einer Polizeipersonalrätetagung seine Auffassung zum Weihnachtsgeld.

14. Mai 2018: Der DGB Nds. erneuert anlässlich der Steuerschätzung seine Forderung nach Weihnachtsgeld für alle Beamtinnen und Beamten.

4. Juni 2018: Vier-Augen-Gespräch des GdP-LVors. mit dem MP. Thema u.a.: Weihnachtsgeld.

7. Juni 2018: Gespräch des DGB samt Einzelgewerkschaften mit dem MP. Thema u.a.: Weihnachtsgeld.

21. Juni 2018: Vor der Haushaltsklausur von SPD und CDU übergeben GdP, ver.di und GEW ihre Forderungen für „Gute Arbeit im öffentlichen Dienst“ mit einer bildstarken Aktion an Landesregierung und Fraktionen.

Leserbrief

Bei der Demonstration vom 2. Juni 2018 „Goslar Zukunft bleibt bunt! Kein Platz für Rassismus“, gehörte ich zu einer der circa 3.000 Teilnehmenden.

Gern bedanke ich mich auf diesem Wege einmal über die GdP bei der Polizei. Ich begleitete in der Gruppe der AWO die Veranstaltung gegen Fremdenfeindlichkeit. Nicht nur ich, sondern viele andere Demonstranten fühlten sich sicher und gut begleitet bei der Kundgebung. Man blickte überall in die freundlichen und stets aufmerksam schauenden Gesichter der Polizei. Freundliche Worte wurden gewechselt.

Sonja Hensel, Wolfenbüttel

Einsatzbetreuungen 2017/2018

15. 4. 2017 Fußballderby Hannover 96 – Eintracht Braunschweig in Hannover

16. 4. 2017 Fußballspiel Werder Bremen – HSV in Bremen

6.+7. 7. 2017 G-20-Gipfel in Hamburg

1.-3. 12. 2017 Bundesparteitag der AfD und Gegendemonstrationen in Hannover

17. 3. 2018 Kurdisches Neujahrsfest in Hannover

7. 4. 2018 Landesparteitag der AfD und Demonstrationen in Braunschweig

2. 6. 2018 „Tag der deutschen Zukunft“ und Protestaktion „Goslar Zukunft bleibt bunt“



Berichte und Meldungen

Neuer Vorstand der Kreisgruppe Leer/Emden



Von links: Egon Rüst, Julla Schultz, Thorsten Dirksen, Thea Jouppien, Maren Tuitjer. Es fehlt Norbert Eilers. Foto: GdP KG Leer/Emden

Am Dienstag, den 6. Februar, hat die GdP-Kreisgruppe Leer/Emden ihre Jahreshauptversammlung veranstaltet.

Im Rahmen dieser Veranstaltung standen die Neuwahlen des Vorstands auf der Tagesordnung. Nach der Entlastung des alten Vorstands, bestehend aus Olaf Raabe, Egon Rüst, Jörg Schlörmann und Thorsten Dirksen, leitete der ehemalige Leiter der PST Moormerland, Johann Pottberg, die Wahlen zum neuen Vorstand.

Die Wahlen ergaben folgenden neuen Vorstand der Kreisgruppe.

1. Vorsitzender:
Thorsten Dirksen, ESD Leer
2. Vorsitzender:
Egon Rüst, ESD Emden
- Kassenwart:
Norbert Eilers, ESD Leer
- Schriftführerin:
Maren Tuitjer, PST Uplengen
- Vertreterin der Frauen:
Thea Jouppien, Gleichstellungsbeauftragte in der Polizeidirektion Osnabrück
- Vertreterin der Jungen Gruppe:
Julia Schultz, ESD BAB Leer

Der neue Vorstand bedankt sich bei den Mitgliedern vom alten Vorstand für die geleistete Arbeit!

GdP-KG Leer/Emden

Christian Wenzel ist neuer Vorsitzender des FA BePo

Dieter Käufer, langjähriger Vorsitzender des Fachausschusses Bereitschaftspolizei (FA BePo), hat seinen Posten abgegeben. Bei der Sitzung des Fachausschusses am 17. Mai in Hannover wurde er in den Ruhestand verab-



Kevin Komolka (rechts), im Geschäftsführenden Vorstand der GdP Niedersachsen zuständig für den Bereich „Bereitschaftspolizei“, gratuliert Christian Wenzel (links) zu seiner Wahl und dankt Dieter Käufer für seine jahrzehntelange Arbeit. Foto: Philipp Mantke

schiedet. Zu seinem Nachfolger wurde einstimmig Christian Wenzel bestimmt.

Dietmar Schilff, Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen, dankte dem scheidenden Vorsitzenden für „die Arbeit der vergangenen Jahrzehnte“. Dieter Käufer sei inzwischen eine „Person der gewerkschaftlichen Zeitgeschichte.“

Der frischgebackene Pensionär hatte die Fachausschusssitzung zuvor mit dem Ziel eröffnet „Die Zeit nach Käufer einzuleiten und Pflöcke für die Zukunft einzuschlagen!“

Den Vorsitz des Fachausschusses übernimmt nach einstimmiger Wahl Christian Wenzel (KG BePo Hannover), als sein Stellvertreter wurde Frank Berger (KG BePo Braunschweig) gewählt. Christian Wenzel will sich nun zunächst dafür einsetzen, dass in zukünftigen Fachausschusssitzungen regelmäßig alle niedersächsischen Hundertschaften vertreten sind.

Philipp Mantke

Neue Info-Mappen zur Vorbereitung auf den Ruhestand und die Rente

Die GdP steht allen Beamten/-innen und Tarifbeschäftigten auch und gerade dann zur Seite, wenn sie aus dem aktiven Dienst ausscheiden und im Ru-

hestand oder in Rente sind. Das ist die zentrale Botschaft zweier Infomappen, die die Landesseniorengruppe erarbeitet hat. Sie hat darin unter anderem zusammengestellt, was wann und wie beim Übergang von der Berufstätigkeit zum Ruhestand und zur Rente erledigt werden muss. In alphabetischer Reihenfolge sind zudem Quellen und Kontakte, zum Beispiel zur Vorsorge, aufgelistet. Außerdem werden wichtige Mustervorlagen und Formulare mitgeliefert. Die Broschüren sollen von den jeweiligen Kreisgruppen personalisiert und um die Kontaktdaten des/der jeweiligen Seniorenvertreters/-in ergänzt überreicht werden. Bestellt werden können die Mappen in der benötigten Anzahl in der Geschäftsstelle der GdP-Niedersachsen. **Red.**

Seniorenseminar im Oktober mit vielfältigem Programm

Die zweite Veranstaltung für GdP-Seniorinnen und -Senioren in diesem Jahr findet am 10. und 11. Oktober in Visselhövede statt. Auf dem abwechslungsreichen Programm stehen unter anderem die Vorstellung des „Aktiv-Programms für Senioren“ (ASP) sowie der Unabhängigen Patientenberatung, Tipps zur gesundheitlichen Vorsorge (insbesondere Ernährung und Rücken) sowie das Thema „Rechtsextremismus am Beispiel der AfD“. Außerdem wird aus der laufenden Arbeit der Landesseniorengruppe und des GdP-Landesbezirks informiert. Die Landesseniorengruppe weist darauf hin, dass bei diesem Seminar vorrangig Seniorinnen und Senioren berücksichtigt werden, die 2017 und 2018 an keinem Seminar teilgenommen haben. Anmeldungen bitte bis 31. August an die GdP-Geschäftsstelle (Adresse siehe Impressum S. 2), per E-Mail an gdp-niedersachsen@gdp.de oder über das Formular auf der Homepage www.gdpniedersachsen.de (Menüpunkt GdP Niedersachsen\Bildungsprogramm). **Red.**

NACHRUFE

*Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen –
trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:*

Schnoor, Gerhard	1. 5. 1940	Krs.-Gr. Cuxhaven
Weitemeier, Petra	12. 9. 1965	Krs.-Gr. Göttingen

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

